

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Zwänge im West-Ost-Handel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1979) : Zwänge im West-Ost-Handel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 8, pp. 364-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135343>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Bolz

Zwänge im West-Ost-Handel

Die jüngsten Daten über den deutschen Handel mit den sozialistischen Ländern Osteuropas lassen erkennen, daß sich diese Länder weiterhin erfolgreich um eine Verbesserung ihrer Handelsbilanzen gegenüber der Bundesrepublik bemüht haben. Der Saldo zugunsten der Bundesrepublik ist erneut zurückgegangen: Die deutschen Einkäufe haben vom Januar bis Mai 1979 mit + 11,4 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 2 1/2 mal so stark zugenommen wie die Exporte. Die Lieferungen an die beiden wichtigsten Osthandelspartner, Sowjetunion und VR Polen, sind sogar weiter gesunken. Allein die Handelsbilanzsituation Rumäniens hat sich weiter verschlechtert; das Defizit hat in fünf Monaten fast schon die gleiche Höhe erreicht wie im ganzen Jahr 1978. 55 %

Mehreinkäufe in der Bundesrepublik (bei einem Rückgang der Lieferungen um 4,5 %) lassen auf einen schier unbegrenzten Warenhunger dieses RGW-Landes schließen.

Diese Tendenzen sind insgesamt auch im Verhältnis zu den anderen westlichen Industrieländern zu beobachten, sofern man die sowjetischen Getreidekäufe im Westen außer Betracht läßt. Das – von Rumänien abgesehen – disziplinierte Importverhalten der Staatshandelsländer sowie der relativ erfolgreiche Mehrabsatz ihrer Produkte auf dem deutschen Markt dürfen freilich nicht als Ausdruck einer guten Versorgungslage in diesen Ländern gedeutet werden. Die bewußte Importdrosselung wurde vielmehr wegen der sprunghaften Zunahme der Westverschuldung in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts sowohl im Westen – insbesondere in der Bundesrepublik – als auch im Osten wirtschaftlich als nötig und vernünftig angesehen.

Angesichts der unbefriedigenden Wirtschaftsentwicklung und der begrenzten Exportkraft der meisten Staatshandelsländer stellt sich jedoch die Frage, wie lange noch das Ziel der Saldenminimierung ökonomisch sinnvoll erscheint. Unterbleiben weiterhin bestimmte Westimporte, obwohl die östlichen Volkswirtschaften auf westliche Warenlieferungen angewiesen sind, um die Technologie, die Produktivität und die Qualität der heimischen Produktion hinreichend zu verbessern, werden negative Folgen auch für den Ost-West-Handel nicht ausbleiben können, d. h. die östliche Lieferfähigkeit dürfte langsamer zunehmen, als es bei entsprechenden Westimporten grundsätzlich möglich wäre. Daß sich der Verzicht auf ausreichende Westzulieferungen bereits ungünstig auf die Produktion auswirkt, darauf hat jüngst

auch Parteichef Gierek hingewiesen. Die Schlußfolgerung müßte also lauten, daß die Saldenverminderung im Westhandel nicht über reduzierte oder nicht weiter wachsende Importe erreicht werden sollte, sondern vielmehr über steigende Westimporte bei allerdings noch stärker steigenden Exporten in den Westen. Die Notwendigkeit einer solchen Außenwirtschaftspolitik gegenüber dem Westen wird auch von Wirtschaftsfunktionären in Osteuropa anerkannt.

Nachteilig auf den notwendigen Handlungsspielraum zur Realisierung dieses Westhandelskonzepts wird sich aber für die Mehrzahl der RGW-Länder in den kommenden Jahren die Entwicklung an den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten auswirken. Je weniger die Sowjetunion künftig ihre RGW-Partner mit den benötigten Stoffen wird weiter beliefern können oder wollen, um so höhere Devisenbeträge werden diese Länder für entsprechende Importe aus dem Westen aufwenden müssen.

In dieser Situation wären die sozialistischen Länder schlecht beraten, die unumgänglichen Ölimporte zu Lasten produktivitätssteigernder Technologieimporte aus dem Westen vorzunehmen. Da es aber den sozialistischen Ländern schwerfallen dürfte, ihre Exporte so zu steigern, daß sie beides aus den Devisenerlösen finanzieren könnten, bleibt ihnen in absehbarer Zukunft im Grunde kein anderer Weg als eine wieder wachsende Neuverschuldung im Westen. Die westlichen Banken werden die entsprechenden Mittel sicher nicht verweigern, da in der gegebenen Situation durch weitere Kredite – von den östlichen Wirtschaftsfunktionären gezielt auch für die Stärkung der Exportfähigkeit eingesetzt – schließlich auch die Rückzahlungschancen der bereits in Anspruch genommenen Kredite verbessert werden können.